

# **DIE ÖFFNUNG VON FAMAGUSTA**

eine Chance zur Stärkung des  
gegenseitigen Vertrauens



# DIE ÖFFNUNG VON FAMAGUSTA

## eine Chance zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens

Eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen, deren wichtigste Famagusta betrifft, werden im Rahmen der neuen Initiative ergriffen, die im Februar 2014 begann und der Lösung des Zypernproblems dient. Als Teil dieser erneuten Bemühungen vereinbarten die Führer der beiden Gemeinschaften am 11. Februar 2014 eine gemeinsame Erklärung\*, welche die Verhandlungen zur Lösung des Zypernproblems unterstützt.

Insbesondere umfasst der Vorschlag zu Famagusta die Rückgabe der von der Türkei besetzten Stadt, die momentan eine Geisterstadt ist, an ihre rechtmäßigen Einwohner, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und im Sinne der Resolution 550 des UN-Sicherheitsrates von 1984. Diese vertrauensbildende Maßnahme könnte die Angehörigen beider Gemeinschaften inspirieren, wieder an die Möglichkeit einer Lösung zu glauben und somit dem Friedensprozess einen zusätzlichen Anstoß geben. Das fehlende Vertrauen zwischen den beiden Gemeinschaften würde verringert, während die türkischen Zypriener unter der Aufsicht der EU den Hafen von Famagusta für den Direkthandel nutzen könnten. Ein erster Schritt wäre die schrittweise Umsetzung des Abkommens über den Fahrplan der beiden griechisch-zypriischen und türkisch-

zypriischen Spezialisten für den Wiederaufbau der Stadt durch die gemeinsamen Bemühungen der beiden Gemeinschaften.

Ein Abkommen über Famagusta würde nicht nur ein äußerst starkes Zeichen setzen, dass beide Seiten fest an eine umfassende Lösung des Zypernproblems glauben, sondern auch einen Teil des Disputs über die Territorial- und Eigentumsfrage lösen. Eine derartige Entwicklung könnte einen Dominoeffekt im Hinblick auf die Lösung anderer Aspekte des Zypernproblems auslösen.

\*der vollständige Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung ist hier zu finden:

<http://www.moi.gov.cy/moi/pio/pio.nsf/All/57229592C124622C2257C7D00273B91?OpenDocument>



Der abgeriegelte Teil von Famagusta - PIO-Fotoarchiv



Die Agia-Zoni-Kirche im abgeriegelten Teil von Famagusta - PIO-Fotoarchiv

## INTERNATIONALE REAKTIONEN AUF DEN VORSCHLAG

Der Vorschlag der griechisch-zyprischen Seite, der von Präsident Nicos Anastasiades vorgelegt wurde, fand Zustimmung in der internationalen Gemeinschaft, welche die Initiative als eines der Schlüsselemente bei den Verhandlungen über eine Lösung des Zypernproblems bezeichnete.

Die Vereinten Nationen begrüßten Präsident Anastasiades' Vorschlag für ein Paket mutiger und innovativer vertrauensbildender Maßnahmen und andere konstruktive Vorschläge, die im Falle ihrer Vereinbarung und Umsetzung durch beide Seiten das Potential haben, die Zusammenarbeit zwischen der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Gemeinschaft enorm zu stärken und den Glauben an die Bemühungen um eine Lösung wieder aufleben zu lassen. Zudem gab das Pressesekretariat des Weißen Hauses bekannt, dass „sich die Vereinigten Staaten auf diplomatischem Weg mit allen Beteiligten in Verbindung setzen werden, um mögliche Initiativen zur Unterstützung der Verhandlungen über eine Lösung zu untersuchen, so auch Maßnahmen, die einer künftigen Wiederbelebung der Region Famagusta dienen, wenn beide Seiten ihre Zustimmung geben“.

Die Europäische Union teilt in einer Erklärung des Präsidenten der Europäischen Kommission und des Präsidenten des Europäischen Rates vom 11. Februar 2014 mit, dass sie die Bemühungen unterstützt, eine Vereinbarung zwischen beiden Parteien über ein Paket vertrauensbildender Maßnahmen zu treffen, die einen Impuls für eine Lösung zum Wohle des zyprischen Volkes sein können. Außerdem bekräftigt

die EU ihre Bereitschaft, einen Beitrag zur Umsetzung dieses Ziels in Hinblick auf eine endgültige Lösung zu leisten.

Des Weiteren brachten die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates ihre Anerkennung für die Initiativen, die im Hinblick auf die Famagusta-Frage ergriffen wurden, zum Ausdruck und begrüßten diese greifbare Maßnahme, die dem Lösungsprozess einen zusätzlichen Anstoß geben könnte.

## APPELLE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Europäische Parlament (EP) hat wiederholt seine Unterstützung für die Rückgabe von Famagusta an seine rechtmäßigen Einwohner zum Ausdruck gebracht.

Im Februar 2012 hat das EP eine Deklaration verabschiedet, mit der die Regierung der Türkei aufgefordert wird, den Resolutionen 550 (1984) und 789 (1992) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie den Empfehlungen im Bericht des Petitionsausschusses zur Petition 733/2004 von 2008 Folge zu leisten und die abgeriegelte Stadt an „ihre rechtmäßigen Einwohner, die sich unter sicheren und friedlichen Bedingungen niederlassen können müssen“, zu übergeben.

In seiner jüngsten Resolution vom 29. März 2012 zum Türkei-Fortschrittsbericht (2011/2889 (RSP)) „forderte das EP die Regierung der Türkei auf, mit dem Abzug ihrer Truppen aus Zypern zu beginnen und Famagusta in Übereinstimmung mit der Resolution 550 (1984) des UN-Sicherheitsrates den Vereinten Nationen zu übergeben“.

**„ Vom Zaun aus betrachtet, der den Spaziergänger am Zugang zum Küstenstreifen von Varosha hindert, wirken die am Strand gelegenen Hotels, Apartmenthäuser und Restaurants lediglich wie verfallende Betonskelette – massive Grabsteine einer Stadt, die sich dem Lauf der Zeit hartnäckig widersetzen. Die Erinnerungen und Seelen der früheren Einwohner, von denen viele mit Mitgliedern der Delegation zusammentrafen, weilen immer noch in diesen Mauern.“**

*[Bericht des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments über die Informationsreise nach Zypern vom 25. -28.November 2007 im Zusammenhang mit der Petition 733/2004]*

Die Stadt Famagusta liegt an der Ostküste Zyperns. Seit der militärischen Invasion der Türkei auf der Insel im Jahre 1974 hat sich das Gebiet im Süden von Famagusta, Varosha, in eine Geisterstadt verwandelt, denn es wurde abgeriegelt und von der türkischen Besatzungsmacht verschlossen, die bis heute eine Garnison dort stationiert hat.

In der zweiten Phase der militärischen Invasion der Türkei in Zypern am 14.August 1974 bombardierten die türkischen Luftstreitkräfte Famagusta und anschließend zog die türkische Armee in die Stadt ein. Im Ergebnis dessen wurden 37000 griechisch-zyprische Einwohner gezwungen, aus der Stadt zu fliehen und einen sicheren Zufluchtsort zu suchen. Insgesamt hatte die türkische Militärintervention und -besatzung von 1974 die Vertreibung von über 180 000 griechischen Zypern und somit eine enorme humanitäre Krise und eine eklatante Verletzung der Menschenrechte zur Folge. Die Türkei hält immer noch mit ihren Streitkräften über 36,2% des Hoheitsgebietes der Republik Zypern besetzt und verweigert den vertriebenen Zypern ihre Rückkehr.

Famagusta war bis 1974 ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für Zypern und übertraf bei Weitem seinen anteiligen Beitrag zum Nationaleinkommen der Insel. Neben dem Besitz von über 50% der Gesamturlaubskapazitäten der Insel verfügte Famagusta über den Haupthafen im Güter- und Passagierverkehr, ein entscheidender Faktor für die Entwicklung der Stadt. 1973 beliefen sich die Exporte

vom Hafen in Famagusta auf über 42% der Gesamtexporte der Insel. Das heißt, vor 1974 war Famagusta der Haupturlaubsort der Insel und die wohlhabendste Stadt.

Varosha, die einst florierende Wirtschaftskraft und der Ort mit den teuersten Immobilien, ist im Norden, Süden und Westen von Land und im Osten vom Meer umgeben. Seinen Stränden und dem Küstenabschnitt ist es zu verdanken, dass sie ein Touristenmagnet war. Sie befindet sich auch in der Nähe der seit 1974 bekannten „UN-Pufferzone“, einem Streifen, der sich entlang der Waffenstillstandslinie zieht und das türkische Besatzungsgebiet der Republik Zypern von dem Teil der Republik Zypern trennt, der unter der Kontrolle der Regierung steht. Seit 1974 erwarten die Flüchtlinge von Varosha den Tag ihrer Rückkehr in ihre Häuser und zu ihren Besitztümern. Stacheldraht, Betonbarrikaden und militärische Warnzeichen, die von der türkischen Besatzungsmacht um Varosha herum angebracht wurden, halten hartnäckig jedermann von der eingezäunten Region fern.

**„ Die Situation in der Küstenregion von Varosha ist (noch) schlimmer. Nachdem die größtenteils griechisch-zyprische Bevölkerung 1974 von dort floh, sind mehr als 100 Hotels und 5000 Häuser ebenso wie Geschäfte, öffentliche Gebäude, Restaurants, Museen und Schulen verlassen und werden von der türkischen Armee bewacht. Trotz zweier Resolutionen des Sicherheitsrates - 550 (1984) und 789 (1992) - hat es die Türkei nicht nur abgelehnt, die Verwaltung des Gebietes an die Vereinten Nationen zu übertragen, sondern bewacht das Gebiet wie ein Hund seinen Futternapf.“**

*Robert Ellis, Kommentator zur türkischen Politik in der dänischen und internationalen Presse in seinem Artikel „Famagusta: Eine vergessene Stadt“ („New Europe“, 22. Mai 2011)*



## Resolution 550 (1984)

### Verabschiedet vom Sicherheitsrat am 11.Mai 1984

#### Der Sicherheitsrat,

hat auf Ersuchen der Regierung der Republik Zypern die Situation in Zypern geprüft,

nachdem er die Ausführungen des Präsidenten der Republik Zypern gehört

und den Bericht des Generalsekretärs (S/16519) zur Kenntnis genommen hat,

beruft sich auf seine Resolutionen 365 (1974), 367 (1975), 541 (1983) und 544 (1983) und

bedauert zutiefst, dass seine Resolutionen nicht umgesetzt wurden, insbesondere Resolution 541 (1983),

zeigt sich äußerst besorgt über weitere secessionistische Handlungen im besetzten Teil der Republik Zypern in Verletzung der Resolution 541 (1983), so auch den vorgeblichen Austausch von Botschaftern zwischen der Türkei und der rechtswidrigen „Türkischen Republik Nordzypern“ sowie das in Erwägung gezogene „Referendum über die Verfassung“ und die „Wahlen“, sowie andere Handlungen oder angedrohte Handlungen, die das Ziel verfolgen, den vorgeblich unabhängigen Staat zu stabilisieren und die Teilung Zyperns zu konsolidieren,

ist äußerst besorgt über die jüngste Androhung einer Besiedelung von Varosha durch andere Personen als seine Einwohner,

bekräftigt seine kontinuierliche Unterstützung für die UN-Friedenstruppe in Zypern, und

1. Bestätigt erneut seine Resolution 541 (1983) und fordert ihre umgehende und wirksame Umsetzung,
2. Verurteilt sämtliche secessionistischen Handlungen, darunter auch den vorgeblichen Austausch von Botschaftern zwischen der Türkei und der türkisch-zypriotischen Führung, erklärt diese für illegal und ungültig und fordert deren sofortigen Widerruf,
3. Bekräftigt seinen Appell an alle Staaten, die durch secessionistische Handlungen entstandene sogenannte „Türkische Republik Nordzypern“ nicht anzuerkennen und fordert sie auf, dem secessionistischen Gebilde in keiner Weise Erleichterungen zu gewähren oder es zu unterstützen,
4. Fordert alle Staaten auf, die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Bündnisfreiheit der Republik Zypern zu respektieren,
5. Betrachtet die Versuche, in Varosha andere Personen als seine angestammten Einwohner anzusiedeln als unakzeptabel und fordert die Übergabe dieses Gebiets an die Verwaltung der Vereinten Nationen,
6. Betrachtet jeglichen Versuch der Einmischung in den Status oder die Stationierung der UN-Friedenstruppe in Zypern als Verstoß gegen die Resolutionen der Vereinten Nationen,
7. Ersucht den Generalsekretär, die dringende Umsetzung der Resolution des Sicherheitsrates 541 (1983) voranzutreiben,
8. Bestätigt das dem UN-Generalsekretär erteilte Mandat und ersucht ihn, neue Versuche zu unternehmen im Hinblick auf eine umfassende Lösung des Zypernproblems, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der UN-Charta und den Bestimmungen für eine solche Lösung, wie sie in den einschlägigen UN-Resolutionen, wie auch in der Resolution 541 (1983) und der vorliegenden Resolution, festgelegt wurden,
9. Fordert alle Beteiligten auf, den Generalsekretär in seiner Mission der guten Dienste zu unterstützen,
10. Beschließt, die Situation im Auge zu behalten, mit der Option, im Falle der Nichtumsetzung von Resolution 541 (1983) sowie dieser Resolution umgehende und geeignete Maßnahmen zu ergreifen,
11. Ersucht den Generalsekretär, die Umsetzung der vorliegenden Resolution voranzutreiben und dem Sicherheitsrat darüber Bericht zu erstatten, sofern die Entwicklung dies erfordert.

”

*Wir dürfen sie nie vergessen und müssen sie stets in Erinnerung rufen, damit sie eines Tages wieder die Stadt sein wird, in der wir leben und die Stadt, in der unsere Kinder leben. Die Frage der Rückgabe der Stadt Famagusta an ihre rechtmäßigen Einwohner wird ein strategischer Schritt sein, der durch die damit vermittelte Botschaft und ihren Symbolgehalt zur Förderung der Lösung des Zypernproblems und zur Wiedervereinigung Zyperns beitragen wird.“*

*Alexis Galanos, Bürgermeister von Famagusta  
(Webseite der Stadtverwaltung von Famagusta:  
[www.famagusta.org.cy](http://www.famagusta.org.cy))*



PI.O. 110/2014 - 3.000 (German)

Herausgeber: Presse- und Informationsamt,  
Republik Zypern [www.pio.gov.cy](http://www.pio.gov.cy)

Druck: Zavallis Litho Ltd